

Pressemitteilung

Frühjahrstagung der Insel- und Halligkonferenz
Am 26. Mai 2009 in Dagebüll

Unmut über Aussagen aus Berlin zur Nationalen Küstenwache

Mit Unmut und Empörung haben die Mitglieder der Insel- und Halligkonferenz die letzten Informationen aus Berlin zum Thema „Nationale Küstenwache“ aufgenommen.

Wurde im Oktober 2008, anlässlich des Pallastages in Cuxhaven noch über ein „2-Stufenmodell“ gesprochen, mit dem in einem ersten Schritt die Einheiten des Bundes zusammengeführt werden sollen- dies ist ohne Gesetzesänderungen möglich- und erst in einem 2. Schritt auch die gesetzlichen Regelungen für die endgültige Lösung geschaffen werden, scheint dieser Vorschlag nach einem Expertengespräch im Verkehrsausschuss des Bundestages so gut wie vom Tisch.

Aus den Reihen der SPD wurde dazu sogar der Rat gegeben die Schiffe der unterschiedlichen Behörden in einer Farbe zu bemalen, dann hätte Deutschland eine Küstenwache.

„Diese Äußerung ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen und Organisationen, die sich seit Jahren für die einheitliche Deutsche Küstenwache und mehr Sicherheit an den Küsten einsetzen“ so Jürgen Jungclaus, Vorsitzender der Insel- und Halligkonferenz. „Hier wird mit einer unbeschreiblichen Arroganz über die Kompetenz der Landesregierung und die überzeugenden Argumente der parteiübergreifenden Bundespolitik (z.B. die MdBs Liebing, Börnsen, Goldmann und Steenblock) hinweggegangen“.

Wie „ernst“ man im Bundesverkehrsministerium(BMVBS) mit den Gefährdungen an der Küste umgeht zeigt die Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMVBS Frau Karin Roth auf die Frage, wenn Terroristen vor der deutschen Küste ein Schiff in ihre Gewalt bringen, wie denn angesichts der Organisationslücken reagiert werden sollte, Antwort von Frau Roth: *Mit so einer Lage werde man sich auseinandersetzen, wenn sie eintrete!*

„Das können und werden wir nicht hinnehmen“ so Jürgen Jungclaus, wir werden die Bundesregierung nachdrücklich fragen, ob dies das offizielle Krisenmanagement sein soll.

Die Insel- und Halligkonferenz wird alle Fraktionen des Deutschen Bundestages noch einmal anschreiben und auffordern in der anstehenden Abstimmung im Bundestag zur Einrichtung einer Nationalen Küstenwache (FDP Antrag 16/8543) zuzustimmen.

Über Ihre Berichterstattung würden wir uns freuen.

Zusätzliche Informationen von Jürgen Jungclaus,
Tel. 04682- 2026 oder 0171 3686 633

